



Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf  
Tel. 0211-8844422 - Fax 0211-8843628  
eMail: fdp-pressestelle@landtag.nrw.de

Pressesprecherin Wibke Op den Akker  
Tel. 0211-8844433 und 01776162560

**MedienINFO Samstag, 25. April 2009**

**Rede zum Landesparteitag in Bielefeld**

## **Gerhard Papke**

Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW

- es gilt das gesprochene Wort -

"Auch wenn auf unserem heutigen Parteitag die Wahlen in diesem Jahr im Mittelpunkt stehen, bei denen es um die Richtungsentscheidung für Deutschland geht: auch die Legislaturperiode des Landtags neigt sich langsam dem Ende zu. Wir sind vor vier Jahren, 2005, angetreten mit einer klaren Philosophie für die Erneuerung unseres Landes: Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen. Wir haben gesagt: Wir wollen Kinder fördern statt Steinkohle. Und wir haben Wort gehalten.

Mit dem historischen Ausstiegsbeschluss, den wir durchgekämpft haben. Mit den Zukunftsinvestitionen in Kindertageseinrichtungen, in Schulen und Hochschulen, für die Andreas Pinkwart mit unserer Unterstützung gesorgt hat.

Wir haben mit unserer Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung die Voraussetzung dafür geschaffen, dass NRW im Wettbewerb der Standorte endlich wieder auf dem Weg nach vorne ist. Seit der Regierungsübernahme 2005 bis Ende 2008 sind in Nordrhein-Westfalen mehr als 370.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Im letzten Jahr ist die NRW-Wirtschaft um 1,5 Prozent gewachsen gegenüber 1,3 Prozent im Bundesdurchschnitt. Wir liegen inzwischen auf Platz 3 der Flächenländer.

Natürlich hinterlässt die Wirtschaftskrise auch am nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt Spuren. Aber unser Land NRW ist wieder stärker geworden und damit erheblich besser in der Lage, mit den Herausforderungen der Wirtschaftskrise fertig zu werden.

Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung hat NRW zurück auf die Erfolgsspur gebracht. Deshalb werden wir diese Politik auch in der Konjunkturkrise mit aller Entschlossenheit verteidigen. Eine Staatsbeteiligung an Privatunternehmen ist mit uns nicht zu machen!

Wir haben eine gute, eine erfolgreiche Koalition in NRW. Sie ist unsere Blaupause auch für die Bundestagswahl. Und wir wollen die Zusammenarbeit mit der CDU selbstverständlich auch nach der Landtagswahl 2010 fortsetzen.

Wir haben in NRW als FDP-Fraktion auf eine zügige Sanierung der Landesfinanzen gedrängt. Mit Erfolg: 2005, im Jahr unserer Regierungsübernahme, machte Rot-Grün noch 6,7 Milliarden Euro neue Schulden. Und schon Ende 2008 hätte Nordrhein-Westfalen erstmals seit 30 Jahren wieder einen Überschuss erwirtschaftet. Wenn wir nicht für die WestLB und den Finanzmarktrettungsschirm Rücklagen in Höhe von über einer Milliarde Euro hätten bilden müssen, hätten wir 2008 den Haushalt nicht nur ausgeglichen, sondern mit einem Überschuss von 164 Millionen Euro abgeschlossen.

Wir haben unter Beweis gestellt: Ein ausgeglichener Haushalt ist möglich. Auch wenn jetzt in der Wirtschaftskrise neue Schulden vorübergehend unvermeidbar sind, so gilt umso mehr: Sobald die Rezession überwunden ist, muss auch die Neuverschuldung wieder zurückgeführt werden. Ein ausgeglichener Landeshaushalt ist mehr denn je ein strategisches Ziel für die FDP in der nächsten Legislaturperiode und ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Ich werbe sehr dafür, dieses Ziel in der Koalitionsvereinbarung nach der kommenden Landtagswahl fest zu verabreden.

Wie schnell der Haushaltsausgleich gelingt, wird natürlich auch von der weiteren Entwicklung der WestLB abhängen. Da sind wir übrigens wieder beim Thema Privat vor Staat. Als die WestLB 2001 als AG ausgegliedert wurde, haben wir als einzige Fraktion im Landtag vor den Risiken für die Steuerzahler gewarnt und den zügigen Verkauf der Bank gefordert. Und ich will Ihnen sagen, was dann passiert ist.

Insgesamt 4,8 Milliarden Euro Verluste in den letzten drei Jahren der rot-grünen Regierung. Die Wahrheit ist: Als der Begriff Finanzmarktkrise noch gar nicht erfunden war, hat die WestLB schon Jahr für Jahr dem Steuerzahler Milliardenverluste beschert.

Als wir in die Regierung kamen, haben wir in der Koalitionsvereinbarung gegenüber der CDU durchgesetzt, den Landesanteil an der WestLB zu verkaufen. Wir haben gesagt: Diesen Verkauf sollten wir jetzt auch schnell über die Bühne bringen. Und der Finanzminister hat gesagt: „Wir müssen die Braut erst hübsch machen“. Dann kam die Bankenkrise. Und die Braut steht immer noch alleine vor dem Altar. Hübscher geworden ist sie seitdem auch nicht.

Wenn die anderen auf uns gehört hätten, müsste NRW jetzt nicht die Bank mit Milliardenbürgschaften vor dem Untergang retten, weil ansonsten die gesamte Sparkassenlandschaft mit in den Abgrund gezogen würde. Das ist doch die Wahrheit!

Der Staat ist eben nicht der bessere Banker. Und erst recht nicht der bessere Unternehmer. Wie kann man denn allen Ernstes auf die Idee kommen, für Opel eine Staatsbeteiligung ins Spiel zu bringen?

Was sagen wir denn den 723.000 mittelständischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, die auch sorgenvoll in ihre Auftragsbücher schauen? Sollen wir denen etwa auch gleich eine Staatsbeteiligung anbieten?

Ich habe die SPD-Vorsitzende in der Landtagsdebatte aufgefordert, ihre Forderung nach einer Staatsbeteiligung bei Opel doch einmal den 17.300 Beschäftigten bei Ford in Köln zu erklären. Was würden die wohl sagen, wenn ihre wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze in Gefahr gebracht werden, weil bei Opel ein volkseigener Betrieb eingerichtet wird, der dann natürlich konkurrenzlos günstig auf Kosten der Steuerzahler produzieren kann.

Es kommt in Nordrhein-Westfalen wie auch im Bund darauf an, dass wir die Soziale Marktwirtschaft mit Entschlossenheit verteidigen. Außer uns macht es ja keiner mehr. Und deshalb können für uns auch nur Koalitionen in Frage kommen, die sich inhaltlich legitimieren und unsere Glaubwürdigkeit als Freiheitspartei nicht gefährden.

Für die FDP muss immer gelten: Was wir vor einer Wahl sagen, meinen wir auch nach der Wahl. Das haben wir hier in Nordrhein-Westfalen mit aller Konsequenz getan. Und diese Glaubwürdigkeit ist und bleibt ein herausragend hohes Gut für die Freie Demokratische Partei insgesamt.

Wir treten an bei allen Wahlen, um den Bürgern endlich mehr von dem zu lassen, was sie mit ihrer Hände Arbeit erwirtschaftet haben.

Und wenn der Gesamtstaat in Deutschland von 2005 nach 2008 fast 110 Milliarden Euro oder 25 Prozent mehr Steuern eingenommen hat, dann soll uns auch keiner sagen, dass ein Steuersenkungsprogramm nach der Bundestagswahl nicht zu realisieren wäre. Alleine die Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte kostet die Bürger jedes Jahr etwa 24 Milliarden Euro. Wer die Konjunktur wirklich beleben will, muss in erster Linie den Menschen ihr Geld zurückgeben!

Was dabei aus unserer Sicht dringend auf die Tagesordnung gehört, ist die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Die Vollendung der Deutschen Einheit ist jetzt bald 20 Jahre her. Die neuen Länder haben sich hervorragend entwickelt, mit hohen Wachstumsraten und ausgeglichenen Haushalten. Die haben eine Infrastruktur, von der manche Regionen bei uns im Westen nur träumen können. 20 Jahre nach der Einheit muss Schluss mit dem Soli sein, die 13 Milliarden Euro jährlich gehören den Menschen, die sie erarbeiten. Die Streichung des Soli käme übrigens genauso auch unseren ostdeutschen Landsleuten zugute, denn die müssen ihn ja auch zahlen. Das wäre eine Entlastungsmaßnahme, die ankäme, in den Taschen und Köpfen der Menschen, und zwar in ganz Deutschland. Das wäre ein echter Beitrag zum Jubiläum 20 Jahre deutsche Einheit!

SPD und Grüne haben zwei weitere Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof angestrengt, die am 5. Mai verhandelt werden. Wir sehen diesen Entscheidungen des VGH mit Gelassenheit entgegen. Denn es geht der Opposition erkennbar nicht um die Sache, sondern nur darum, das Verfassungsgericht für ihre parteipolitischen Zwecke zu instrumentalisieren. SPD und Grüne klagen gegen den Wegfall der Stichwahl. Den hat das Parlament allerdings schon vor zwei Jahren beschlossen, und zwar ohne, dass die Opposition jemals verfassungsrechtliche Bedenken dagegen vorgetragen hätte.

Und mit einem eigenständigen Kommunalwahltermin, den das Parlament demokratisch am 4. März 2009 beschlossen hat, folgen wir einem ausdrücklichen Wunsch des Städte- und Gemeindebundes. Der sagt: Wir wollen nicht, dass die Kommunalwahl bei der Bundestagswahl völlig untergepflegt wird. Wir teilen diese Auffassung.

Und es ist doch lächerlich, uns zu unterstellen, wir würden eine Zusammenlegung von Kommunalwahl und Bundestagswahl fürchten. Bei Umfragewerten der FDP für die Bundestagswahl von 16 Prozent? Christian Lindner hat es im Landtag voll und ganz auf den Punkt gebracht: Die SPD ist für die Zusammenlegung von Kommunal- und Bundestagswahl, weil sie lieber nur zwei, statt drei Klatschen bei den Wahlen in diesem Jahr haben will!

Wir waren und sind als FDP-Landtagsfraktion immer wieder gefordert, wenn es um die Verteidigung von innerer Liberalität und Bürgerrechten geht.

Offenbar ist für Einige gerade in heraufziehenden Wahlkampfzeiten die Versuchung besonders groß, einer Ausweitung des Überwachungsstaates unkritisch das Wort zu reden. Das haben wir unserem Koalitionspartner wiederholt klarmachen müssen. Mit der FDP wird nicht an jedem Laternenpfahl eine Überwachungskamera geschraubt. Wir wollen auch nicht, so unfassbar schlimm das in Winnenden war, dass unsere Schulen zu Hochsicherheitstrakten aufgerüstet werden.

Im Januar dieses Jahres hat der Landesgesundheitsminister einen Erlass in Kraft gesetzt, der eine dauerhafte, umfassende Videoüberwachung von Patienten in psychiatrischen Kliniken vorsieht - Menschen, denen damit jede Intimität genommen würde. Hier geht es um Mitmenschen, deren Rechte wir mit besonderer Sorgsamkeit verteidigen müssen, denn sie selber können es nicht. Deshalb hat die FDP-Fraktion den Gesundheitsminister nachdrücklich dazu aufgefordert, den Erlass schleunigst zurückzunehmen. Gestern ist das dann endlich auch geschehen.

Und ich hoffe sehr, dass wir eine solche Verirrung nicht noch einmal erleben müssen. Wir bleiben jedenfalls wachsam.

Wir haben bei allen wichtigen Reformthemen immer einen engen Schulterschluss zwischen Landtagsfraktion und Partei erfahren dürfen. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Wir arbeiten gemeinsam weiter für das neue NRW, dabei bleibt noch verdammt viel zu tun. Deshalb ist es wichtig, dass wir bei der Landtagswahl im nächsten Jahr möglichst viele zusätzliche Mandate erringen. Wir werden als jetzige Fraktion jedenfalls alles dafür tun, durch unsere Arbeit vielen neuen Kollegen den Weg in den Landtag zu bahnen."